

Ungleiches Deutschland

Warum wird die soziale Spaltung tiefer?

Inhalt

Ungleiches Deutschland **1**

Warum steigt die Ungleichheit? **6**

**Entwertung und Entgrenzung
der Arbeit** **8**

**Ab- und Umbau des
Sozialstaats** **10**

Alternativen **12**

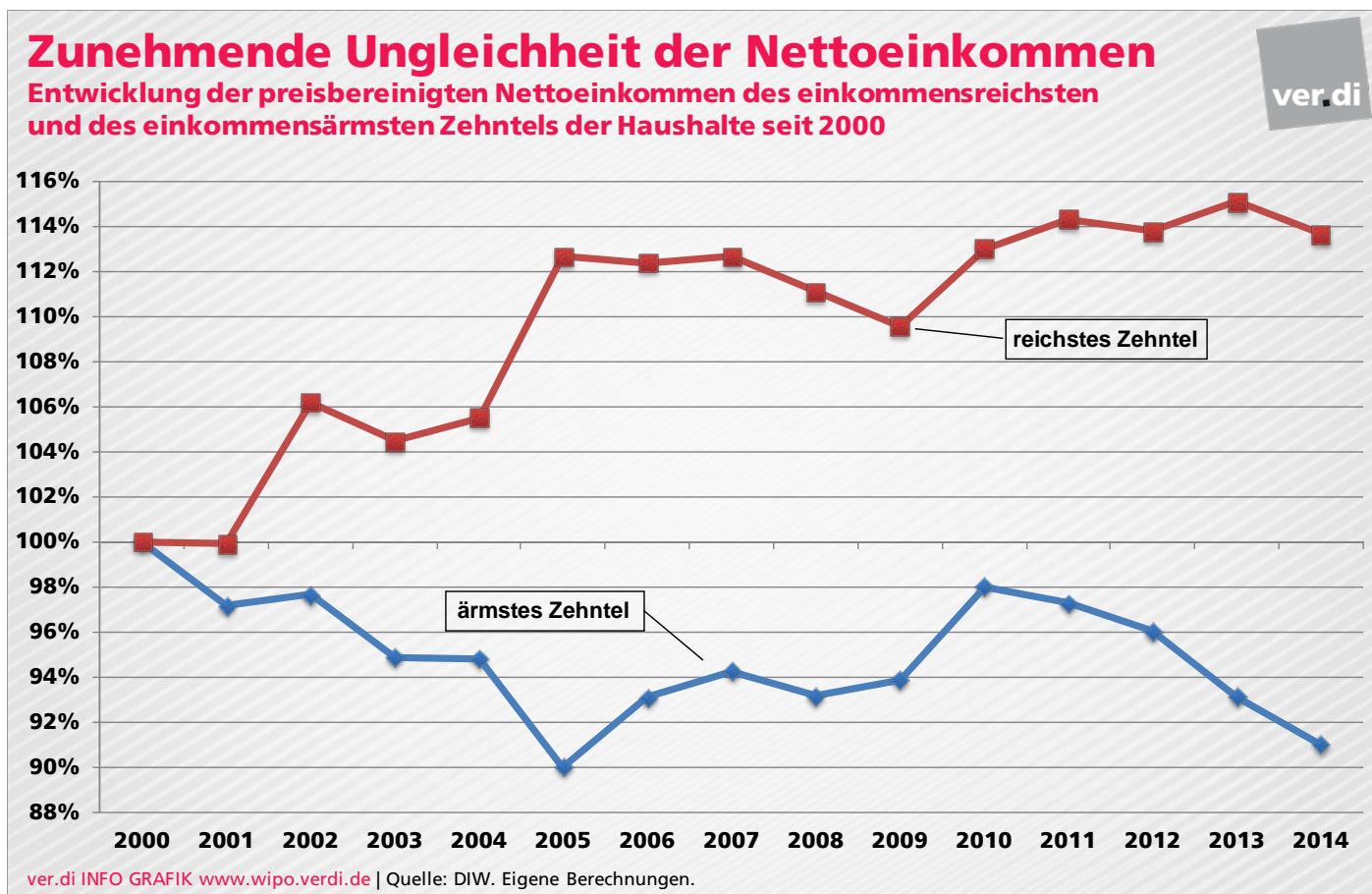
Deutschland wird ungleicher

Das 21. Jahrhundert droht ein Jahrhundert der Ungleichheit zu werden. Weltweit werden die Reichen reicher und die Armen ärmer. In den letzten 30 Jahren nahm die Einkommensungleichheit in fast allen Industrieländern zu. Seit der Jahrtausendwende stieg die Ungleichheit der Markteinkommen¹ nach OECD-Berechnungen am schnellsten in Deutschland, gefolgt von den USA und Italien. Vielerorts erreichen die Einkommensunterschiede inzwischen Rekordniveau.

Hierzulande wächst die Einkommens- und Vermögensungleichheit seit Mitte der 90er Jahre. Zwischen Gelsenkirchen und Cottbus steigt die Armut und die Mittelschicht schrumpft. Die Reichen werden hingegen immer reicher.

Die Markteinkommen des ärmsten Zehntels schrumpften seit der Jahrtausendwende deutlich.

¹ Markteinkommen oder Bruttoarbeitseinkommen sind Einkommen vor Steuer, Beiträgen und dem Bezug staatlicher Leistungen, real bedeutet unter Berücksichtigung der Preisentwicklung.



Die Einkommen des obersten Zehntels konnten hingegen kräftig zulegen. Folglich nahmen die Einkommensunterschiede kräftig zu.

Die wachsende Ungleichheit spiegelt sich auch in der Spreizung der Arbeitseinkommen. Die Bruttolöhne des reichsten Zehntels kletterten zwischen 1995 und 2015 preisbereinigt um acht Prozent, die des unteren Zehntels sanken im gleichen Zeitraum um sieben Prozent. Insgesamt mussten 40 Prozent der abhängig Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen.

Der Sozialstaat ist immer weniger in der Lage diese wachsende Ungleichheit auszugleichen. Die Nettohaushaltseinkommen² des reichsten

Zehntels stiegen zwischen 2000 und 2014 um über 13 Prozent. Die ärmsten zehn Prozent mussten hingegen Einkommensverluste von neun Prozent hinnehmen. Zudem sanken seit der Jahrtausendwende die Einkommen der unteren 40 Prozent. Die reichsten zehn Prozent bekommen heute das 7-fache des ärmsten Zehntels. Anfang der 2000er Jahre war es noch das 5-fache.

Mit der wachsenden Ungleichheit stieg auch die Einkommensarmut. Die Armutsrisikoquote kletterte von 11,6 Prozent im Jahr 2000 auf 15,8 Prozent in 2014. Damit ist jeder Sechste von Armut bedroht. Das sind 13 Millionen Menschen, darunter 2,5 Millionen Kinder. In den letzten Jahren setzte sich die Einkommensspreizung fort. Die Armutsrisikoquote nimmt auch am aktuellen Rand weiter zu.

² Nettoeinkommen bzw. verfügbare sind Einkommen nach steuerlichen Abzügen, Beiträgen und dem Bezug staatlicher Leistungen, real bedeutet unter Berücksichtigung der Preisentwicklung,

Anfang dieses Jahrhunderts konnte der Sozialstaat die Armutsrisikoquote durch Sozialtransfers noch um 41 Prozent verringern. Im Jahr 2014 wurde die Armutsquote nur noch um 32 Prozent reduziert.

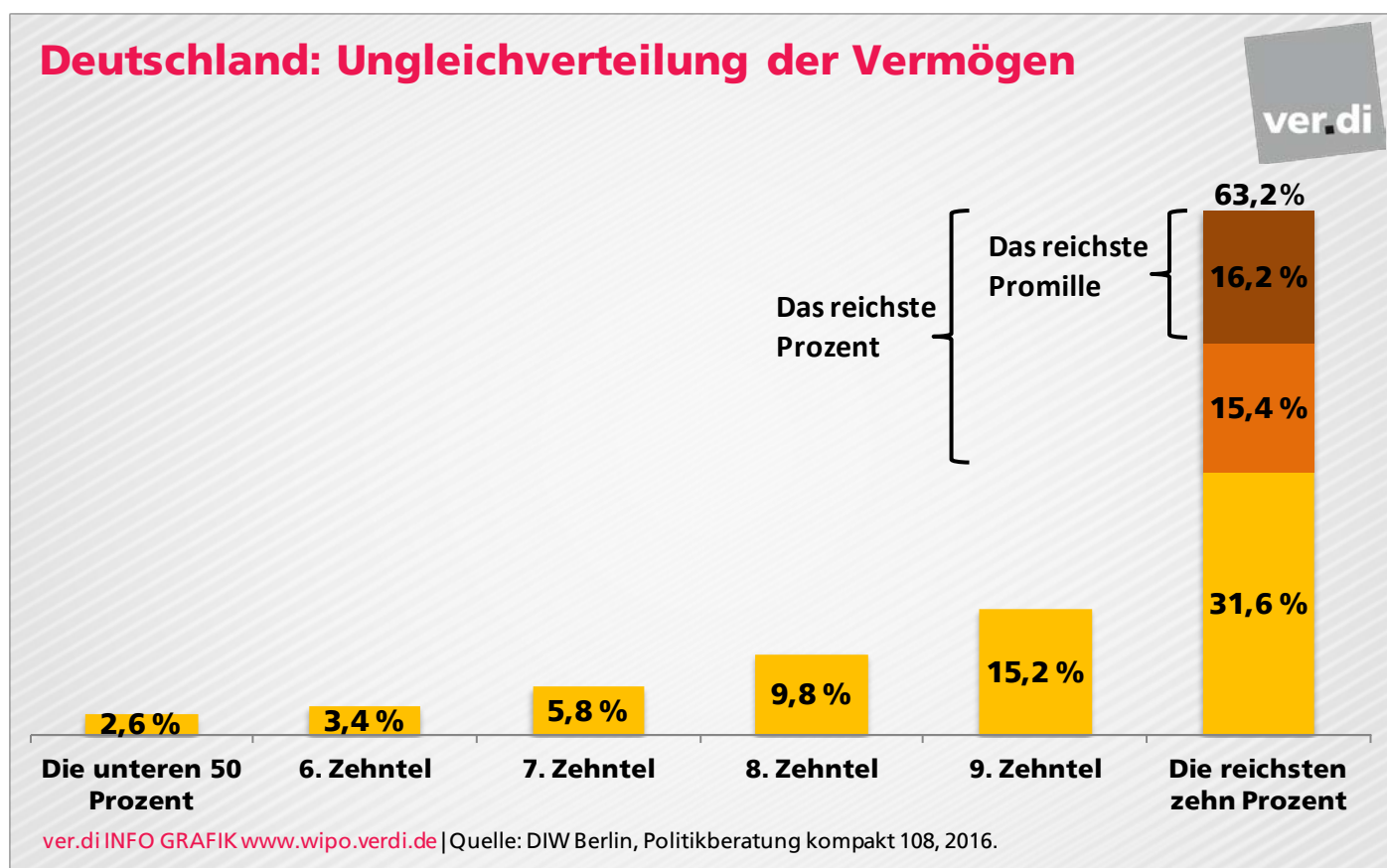
Spiegelbildlich nahm der Einkommensreichtum zu. Besaß das reichste Zehntel zu Beginn der 2000er Jahre gut 36 Prozent des Einkommens, so sind es heute schon knapp 40 Prozent. Zwischen Kiel und München leben etwa 120 Milliardäre und 1,2 Millionen Millionäre. Für das Jahresgehalt eines Vorstandsmitglieds eines im DAX gelisteten Konzerns muss ein Durchschnittsverdiener über 150 Jahre arbeiten. Der Chef der Softwareschmiede SAP kassierte letztes Jahr rund 13 Millionen Euro.

Noch ungleicher ist das Land, wenn die Vermögen in den Blick genommen werden. Das

reichste Prozent besitzt heute ein Drittel des gesamten Nettovermögens. Das reichste Zehntel verfügt über zwei Drittel des Vermögens. Die untere Hälfte geht hingegen fast leer aus.

Doch damit nicht genug. Das Versprechen der „sozialen Marktwirtschaft“, Aufstiegschancen für jede und jeden zu schaffen, gilt heute nicht mehr. Unsere Gesellschaft wird seit drei Jahrzehnten immer undurchlässiger. Dies drückt sich in einer rückläufigen Einkommensmobilität aus. Wer arm ist, bleibt immer häufiger arm, und wer reich ist, bleibt immer häufiger reich. Zudem erhöhte sich das Risiko aus der Mittelschicht in den Armutskeller zu stürzen.

Die steigende Ungleichheit ist wirtschaftlich schädlich, sozial ungerecht und beschädigt die Demokratie. Gesellschaften mit höherer Ungleichheit haben einen schlechteren Gesund-



heitszustand, die Bildungschancen der Menschen sind schlechter, der gesellschaftliche Zusammenhalt vermindert sich und die Kriminalität ist höher. Ungleichheit erzeugt Angst und hindert Menschen daran, ihre demokratischen Rechte und Freiheiten wahrzunehmen.

Warum nimmt die Ungleichheit zu?

Wirtschaftsliberale Ökonomen behaupten, dass die wachsende soziale Spaltung zwangsläufiges Ergebnis des wirtschaftlichen Wandels ist. Der technische Fortschritt und die Globalisierung hätten zu einer steigenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften geführt. Folglich stiegen deren Einkommen. Gleichzeitig fanden geringqualifizierte Beschäftigte kaum noch Arbeit und ihre Einkommen schrumpften. Dieser Erklärungsansatz überzeugt jedoch nicht. Während alle Industrieländer vom technischen Fortschritt und der Globalisierung betroffen waren, entwickelte sich die Ungleichheit unterschiedlich.

Hierzulande brauchen die Unternehmen schon seit den 1970er Jahren immer weniger gering Qualifizierte und immer mehr qualifizierte Beschäftigte. Gleichzeitig verbesserte sich aber die Qualifikation der Beschäftigten. Durch eine hohe Tarifbindung konnte jahrzehntelang verhindert werden, dass die Löhne der gering Qualifizierten sanken.

Unbestritten hat die erweiterte internationale Arbeitsteilung die Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht der Kapitaleigentümer und des Managements gestärkt. Gleichzeitig erhöhte die Herrschaft der Finanzmärkte den Renditedruck und verschärfte die Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkommen und der Spitzenverdiener.

Unbestritten ist auch der massive Umbau der Arbeitswelt im digitalen Zeitalter. Die Auswirkungen dieses ökonomischen Strukturwandels auf die Einkommensverteilung sind jedoch abhängig von seiner politischen Gestaltung.

Die Lohn- und Gehaltshöhe hängt ab von der Durchsetzungsmacht der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Ihre Verhandlungsposition wird wiederum von der wirtschaftlichen Lage, der Struktur der Beschäftigung, dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad, dem Arbeitsrecht sowie der Wirkung des Sozialstaats bestimmt. So verbessern beispielsweise Mindestlöhne, eine hohe Tarifbindung, viele reguläre Jobs, ein guter Kündigungsschutz und hohe Lohnersatzleistungen die Durchsetzungsmacht der Beschäftigten.

Der Anstieg der Ungleichheit geht im Kern auf die politische Entwertung und Entgrenzung der Arbeit zurück. Dadurch verschoben sich die Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zugunsten der Unternehmen. Die geschwächte gewerkschaftliche Verhandlungsposition hinterließ große Spuren in der primären Einkommensverteilung. Die Lohnquoten – Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen – gingen auf Tal-

» Das „Jobwunder“ basierte auf dem Anstieg atypischer Beschäftigung

fahrt. Die deutsche bereinigte Lohnquote sank von 72,9 (2000) auf 68,8 Prozent (2016). Gleichzeitig öffnete sich die Schere bei den Markteinkommen der Haushalte.

Selbst Länder, die ein starkes Wirtschafts- und Jobwachstum hatten, konnten sich diesem Ungleichheitstrend nicht entziehen. Ein deregulierter Arbeitsmarkt sorgt dafür, dass selbst wenn die Beschäftigung steigt und die Arbeitslosigkeit sinkt, die Löhne nicht mehr steigen. Das Jobplus in Deutschland basierte in erster Linie auf so ge-

nannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen (Teilzeit und geringfügige Beschäftigung, befristete Jobs, Leiharbeit, Werkverträge, Solo-Selbstständige). Vollzeitarbeitsplätze wurden durch Teilzeit- und Minijobs ersetzt. Die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden (Arbeitsvolumen) nahm nur geringfügig zu. Diese Umverteilung vorhandener Arbeit zu prekären Bedingungen schwächt die Verhandlungsmacht der Beschäftigten.

Die Gewerkschaften gerieten aber auch politisch in die Defensive. Die Politik stellte die Interessen der Unternehmer vor die Interessen der abhängig Beschäftigten. Leistungskürzungen bei Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Rente sowie eine umfangreiche steuerpolitische Reichtumspflege waren die Folge. Dieser neoliberale Ab- und Umbau des Sozialstaats ist dafür verantwortlich, dass die umverteilende Wirkung des Sozial- und Steuerstaates deutlich nachgelassen hat.

Entwertung und Entgrenzung der Arbeit

Seit Mitte der 1980er Jahre entwertet und entgrenzt die Politik die lebendige Arbeit. Das große Ziel war, Arbeit billiger und flexibler zu machen. Die Kohl-Regierung erleichterte Befristungen, schuf Minijobs, kürzte die Lohnfortzahlung und beschränkte das Streikrecht.

Nach der Jahrtausendwende setzte die Schröder-Regierung mit ihren so genannten Arbeitsmarkt- und Sozialreformen die Zerstörung der Ordnung des Arbeitsmarktes fort. Die Hartz-Gesetze verschärften den Erwerbsarbeitszwang. Die Rot-Grüne Regierung legte Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammen und senkte sie auf das Niveau der Sozialhilfe ab (Hartz IV). Die Bezugs-

dauer des Arbeitslosengeldes wurde reduziert. Zudem verschärfte Rot-Grün die Zumutbarkeitsregeln für Erwerbslose. Letztere waren nun gezwungen fast jede Arbeit anzunehmen. Der Qualifikationsschutz wurde abgeschafft, so dass Erwerbslose nun Jobs annehmen mussten, die nicht ihrer Qualifikation entsprachen. Ferner mussten Erwerbslose auch Löhne akzeptieren, die bis zu 30 Prozent unter dem jeweiligen Branchenlohn-niveau liegen durften.

Darüber hinaus förderte die Schröder-Regierung geringfügige Beschäftigung (Mini- und Midijobs), erleichterte Befristungen, verschlechterte den Kündigungsschutz und entfes-selte die Leiharbeit.

Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Umbau der sozialen Sicherungssysteme erleichterte Unternehmen und Verwaltungen, atypische Jobs zu schaffen. Zwischen 2003 und 2016 stieg die Zahl der atypischen Arbeitsplätze um über die Hälfte auf fast 14,5 Millionen. Davon

arbeiten 8,4 Millionen Personen in Teilzeit, 5,1 Millionen in aus-

» **Seit drei Jahrzehnten entwertet und entgrenzt die Politik lebendige Arbeit.**

schließlich geringfügiger Beschäftigung und eine Million in Leiharbeit. Damit sind heute zwei von fünf Beschäftigungsverhältnissen atypisch. Das Lohnniveau dieser Arbeit liegt im Schnitt ein Fünftel unter der Entlohnung regulärer Beschäftigung. Die wachsende atypische Beschäftigung zerstört die Ordnung des Arbeitsmarktes.

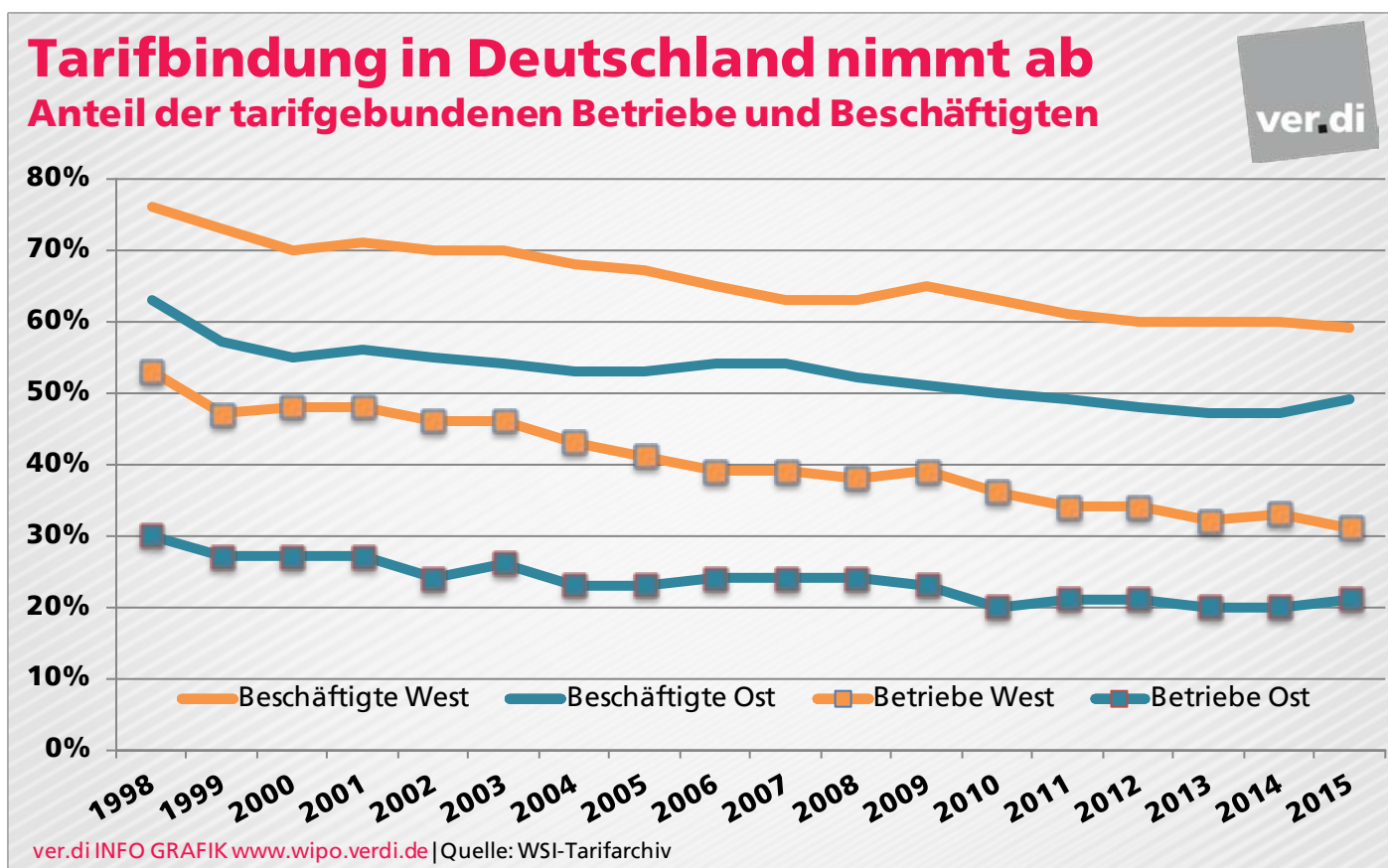
Das Tarifsystem, eine der wichtigsten Institutionen des deutschen Arbeitsmarktes, ist seit Mitte der 90er Jahre zunehmend unter die Räder gekommen. Die Gewerkschaften versuchen, mit Hilfe von Tarifverträgen die Konkurrenz unter den Beschäftigten auszuschalten. Einheitliche

Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen sollen Lohndumping verhindern. Mit Erfolg! In tarifgebundenen Unternehmen werden höhere Löhne gezahlt. Zudem sind die Arbeitsbedingungen besser (kürzere Arbeitszeiten, mehr Urlaub, Übernahme nach Ausbildung, etc.) als in Betrieben ohne Tarifvertrag. Eine solidarische Tarifpolitik sorgte dafür, dass die Lohnunterschiede zwischen Qualifizierten und gering Qualifizierten beschränkt wurden. So konnte die Einkommensungleichheit begrenzt werden.

Seit den 1990er Jahren wurde das deutsche Tarifsysteem durch prekäre und atypische Beschäftigung, durch den Kollaps der ostdeutschen Wirtschaft, durch Privatisierungen und Liberalisierungen, durch Auslagerungen sowie durch die Tarifflucht der Arbeitgeber geschwächt. Die Arbeitgeberverbände unterstützten die Tarifflucht vie-

ler Unternehmen auch noch durch so genannte OT-Mitgliedschaften – ohne Tarifbindung. Gleichzeitig wurde die Lohnfindung stärker in die Betriebe verlagert. In immer mehr Tarifverträgen gibt es sogenannte Öffnungsklauseln. Die dort vereinbarten betrieblichen Abweichungen vom Tarifvertrag wirken einer Vereinheitlichung von Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegen.

Erschwerend hinzu kam die schwindende gewerkschaftliche Organisationsmacht. Aufgrund des ökonomischen Strukturwandels verloren ver.di, IG Metall & Co viele Mitglieder. Beschäftigte in unsicheren Arbeitsverträgen, in kleinen Betrieben und in den neuen Dienstleistungsbranchen sind schwieriger organisierbar. Der neoliberale Zeitgeist – jeder ist seines Glückes Schmied – tat sein Übriges. In den Industrieländern ist heute nicht einmal jeder dritte Beschäftigte gewerk-



schaftlich organisiert. Auch hierzulande liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Beschäftigten unter 20 Prozent. Ohne hinreichend Gewerkschaftsmitglieder kann aber das Tarifsystem nicht von unten stabilisiert werden.

Ende des 20. Jahrhunderts verhandelten die westdeutschen Gewerkschaften noch für drei von vier Beschäftigten. Jeder zweite Betrieb war tarifgebunden. Heute erfassen Tarifverträge im

» Die sinkende Tarifbindung erklärt die Lohnschwäche.

Westen nur noch 59 Prozent der Beschäftigten und weniger als ein Drit-

tel der Betriebe. In Ostdeutschland war die Tarifbindung schon immer niedriger als im Westen. Ende der 1990er Jahre wurden zwischen Rostock und Gera fast zwei Drittel der Beschäftigten durch Tarifverträge geschützt. Rund 30 Prozent der Betriebe waren tarifgebunden. Heute werden weniger als die Hälfte der Beschäftigten und kaum mehr als jeder fünfte Betrieb durch Tarifverträge erfasst.

Die schrumpfende Tarifbindung ist Ausdruck einer schwächeren Verhandlungsmacht der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Sie erklärt sowohl die chronische allgemeine Lohnschwäche als auch die steigenden Einkommensunterschiede. Tarif- und Nichttariflöhne haben sich seit der Jahrtausendwende stärker auseinanderentwickelt. Des Weiteren blieben die Löhne und Gehälter in vielen Dienstleistungsbranchen und im öffentlichen Dienst hinter den Industrieentgelten zurück. In jüngster Zeit konnte jedoch die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht wieder leicht gestärkt werden. Der Beschäftigungszuwachs, die rückläufige Arbeitslosigkeit und der partielle Fachkräftemangel vergrößerten die tarifpolitischen Handlungsspielräume der deut-

schen Gewerkschaften. Der Rückgang der Tarifbindung wurde vorerst gestoppt.

Die verbesserte Verhandlungsposition führte zunächst zu einer Trendwende bei den Löhnen. Der Rückgang der Reallöhne des letzten Jahrzehnts konnte gestoppt werden. Seit der Finanzmarktkrise sind die Tariflöhne um rund 20 Prozent gestiegen. Abzüglich Inflation bleibt ein Plus von zehn Prozent. Zudem konnte die gewerkschaftliche Mitgliederentwicklung stabilisiert werden.

Darüber wurde eine vorsichtige Re-Regulierung des Arbeitsmarktes eingeleitet. Während in vielen europäischen Nachbarländern die Tarifsysteme zerschlagen und Arbeitnehmerrechte abgebaut wurden, führte die rot-schwarze Regierung auf Druck der Gewerkschaften den gesetzlichen Mindestlohn ein, erleichterte die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und ging gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen vor. Dies waren erste, allerdings noch nicht ausreichende Schritte hin zu einer neuen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Der Mindestlohn ist zu niedrig und wird zu oft unterlaufen, die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen nimmt trotz Neuregelung nicht zu, und der Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen steigt.

Ein weiterhin großer Niedriglohnsektor, millionenfache atypische Beschäftigung und eine geringe Tarifbindung schwächen noch immer die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit. Die Lohnquote konnte stabilisiert werden, die Einbußen der letzten 15 Jahre wurden aber nicht rückgängig gemacht. Angesichts anhaltend hoher Außenhandelsüberschüsse wären aber höhere Lohnzuwächse erforderlich, als die Gewerkschaften unter den gegebenen Kräfteverhältnissen durchsetzen können.

Um- und Abbau des Sozialstaats

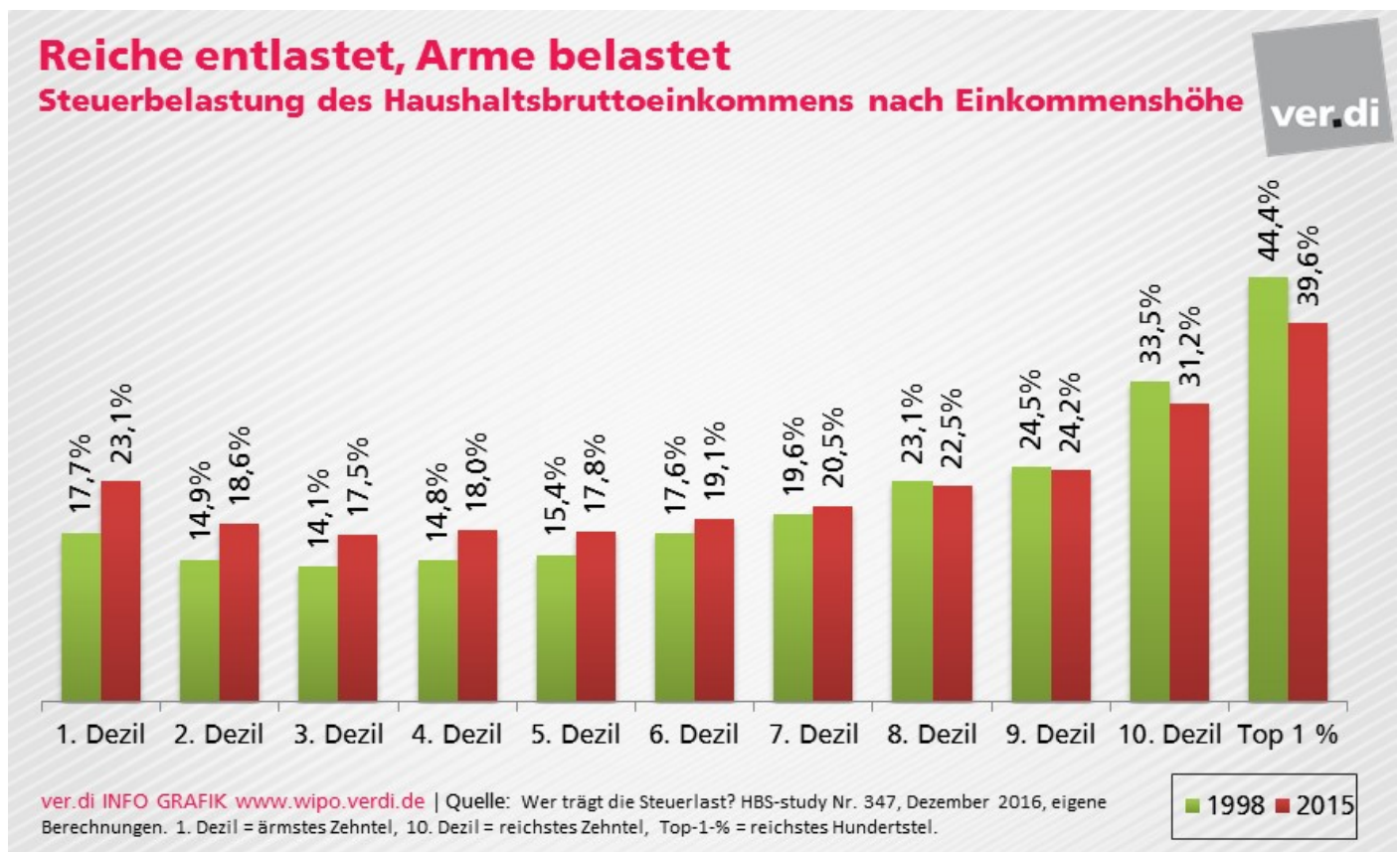
Der deutsche Sozialstaat kann die steigende Ungleichheit immer weniger korrigieren. Die umverteilende Wirkung des Steuer- und Transfersystems hat nachgelassen. Der neoliberale Umbau des Sozialstaats reduzierte die öffentlichen Dienstleistungen und verschlechterte die soziale Sicherheit.

Die Politik liberalisierte und förderte die Privatisierung großer Bereiche des Gesundheits- und Pflegesektors. Dienstleister und Kassen wurden einer strikten Marktlogik und Ausgabenbegrenzungen unterworfen. Dadurch verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Zudem sank die Qualität der Gesundheits- und

Pflegedienstleistungen. Zugleich wurden den Versicherten höhere Kosten aufgebürdet: Für Medikamente gab es Zuzahlungen und die paritätische Finanzierung der Krankenkassenbeiträge wurde zugunsten der Arbeitgeber aufgekündigt.

Ferner haben sich Bund, Länder und Kommunen aus ihrer Verantwortung für guten und bezahlbaren Wohnraum zurückgezogen. Öffentliche Wohnungsgesellschaften wurden privatisiert und Mittel für sozialen Wohnungsbau drastisch gekürzt. Infolgedessen fehlen heute allein in deutschen Groß- und Universitätsstädten eine Million gute und bezahlbare Wohnungen.

Auch die Rentenpolitik lässt die Ungleichheit steigen. Die Schröder-Regierung kürzte Anfang der 2000er Jahre die gesetzliche Rente. Zum Ausgleich sollten Beschäftigte privat vorsorgen (Riester-Rente). Die Arbeitgeber sparen Beiträge und



die Beschäftigten erhalten eine niedrigere gesetzliche Rente. Das verschärft die finanzielle Situation jener Rentnerinnen und Rentner, die aufgrund gebrochener Erwerbsbiografien ohnehin von Altersarmut bedroht sind. Sie können nicht privat vorsorgen, da ihnen schlicht das Geld fehlt. Die Profiteure sind die Arbeitgeber und private Versicherungen, denen zusätzliche Geschäfte verschafft wurden.

Darüber hinaus hat die Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte die umverteilende Wirkung des Steuersystems reduziert. Die Schröder- und Merkel-Regierungen haben hohe Einkommen entlastet sowie kleine und mittlere Einkommen stärker belastet. Die Vermögensteuer wurde noch unter Helmut Kohl abgeschafft. Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer wurde mehrfach gesenkt. Zugleich wurde die Umsatzsteuer wiederholt erhöht, was insbesondere Beschäftigte mit niedrigen und mittleren Löhnen sowie Sozialleistungsempfänger belastete.

Die Steuerbelastung der ärmsten zehn Prozent stieg zwischen 1998 und 2015 um insgesamt über fünf Prozent. Freuen konnten sich hingegen die reichsten 30 Prozent: Ihre Steuerlast ging im gleichen Zeitraum zurück. Besonders stark entlastet wurde das reichste Prozent. Diese Topverdiener zahlten fast fünf Prozent weniger Steuern. Diese Steuergeschenke für Reiche leerten die öffentlichen Kassen. Die milliardenschweren Steuerausfälle fehlen heute für Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime und Sozialwohnungen.

Kurzum: Der Ab- und Umbau des Sozialstaats ging zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommen: Sie trugen einen zunehmenden Teil der Kosten – während sich die sozialstaatlichen Leistungen in vielen Bereichen verschlechterten. Abhängig Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner

sowie Arbeitslose sind aber ganz besonders auf gute öffentliche Dienstleistungen und funktionierende soziale Sicherungssysteme angewiesen.

5. Alternativen

Das beste Rezept gegen große Ungleichheit sind starke Gewerkschaften, ein arbeitnehmerfreundliches Regelwerk auf dem Arbeitsmarkt, ein progressives Steuersystem und ein funktionierender Sozialstaat. Im Mittelpunkt steht zunächst

» **Das beste Rezept gegen Ungleichheit sind starke Gewerkschaften.**

die Neuordnung des Arbeitsmarktes.

Die kollektive Lohnsetzung

durch Tarifverträge und damit die Teilhabe der Beschäftigten an der Wirtschaftsleistung muss wieder gestärkt werden. Hier sind zunächst die Gewerkschaften gefordert. Sie müssen ihre Organisationsmacht ausbauen. Gewerkschafts- und betriebsratsfreie Zonen sollten erschlossen und die Ränder des Arbeitsmarktes besser organisiert werden. Organizing-Initiativen können dazu beitragen, das Tarifsysteem von unten zu stabilisieren.

Leiharbeit und Werkverträge, die dem Lohn-dumping dienen, müssen durch reguläre Beschäftigung ersetzt werden. Zudem muss der Zwang, auch schlecht bezahlte und unterwertige Jobs anzunehmen durch die Wiedereinführung von Zumutbarkeitskriterien gelindert werden. Mini-jobs sind in voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu überführen und ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit ist einzuführen.

Ebenso können Tarifverträge verbindlicher gemacht werden, indem sie künftig so lange nachwirken bis ein neuer Vertrag an ihre Stelle

tritt. Ferner sollte die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen so erleichtert werden, dass Arbeitgeberverbände nicht mehr blockieren können. Dann gelten Tarifverträge auch für nicht verbandsgebundene Unternehmen. Des Weiteren müssen der Staat und öffentliche Unternehmen als Vorbild vorangehen und tarifgebunden sein. Sie müssen auf Ausgliederungen in nicht tarifgebundene Betriebe verzichten und Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben. All diese politischen Maßnahmen stabilisieren das Tarifsystem von oben.

Darüber hinaus muss das Prinzip, dass gleiche und gleichwertige Arbeit am gleichen Ort auch gleich zu bezahlen ist, durchgesetzt werden. Leiharbeiter sollten vom ersten Tag an Anspruch auf gleichen Lohn oder sogar eine Zulage für ihre besondere Flexibilität haben. Frauen haben Anspruch auf die gleiche Bezahlung wie Männer. Die Durchsetzung dieses Anspruchs muss rechtlich unterstützt werden.

Politischen Handlungsbedarf gibt es auch beim Mindestlohn. Er muss deutlich erhöht werden. Seine Einhaltung muss stärker kontrolliert werden. Die aktuell bestehenden Ausnahmen, etwa für Langzeitarbeitslose, sollten abgeschafft werden.

Eine Neuordnung des Arbeitsmarktes reicht aber nicht aus. Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- oder Steuerpolitik haben ebenfalls einen wichtigen Einfluss auf die Verteilung von Einkommen und Lebenschancen. Der Sozialstaat muss wieder ausgebaut werden. Wir brauchen höhere Investitionen und mehr Personal in Gesundheit, Bildung

sowie sozialen und kommunalen Dienstleistungen.

Die Sozialkassen müssen die Lebensrisiken wieder umfassend und solidarisch absichern. Dies gilt gleichermaßen für die Arbeitslosenversicherung, die Kranken- und Pflegeversicherung und die Rentenversicherung. An ihrer Finanzierung sind die Arbeitgeber paritätisch zu beteiligen. Das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente muss wieder erhöht und Altersarmut vermieden werden.

Nicht zuletzt fordert ver.di eine sozial gerechte Steuerpolitik, die dauerhaft ausreichende Einnahmen zur Finanzierung der notwendigen öffentlichen Aufgaben sicherstellt. Untere und mittlere Einkommensgruppen sollten entlastet werden. Hohe Einkommen und große Vermögen müssen hingegen wieder mehr zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beitragen – etwa über einen höheren Spitzensteuersatz, eine Vermögensteuer, eine Erbschaftsteuer ohne Ausnahmen für Unternehmenserben sowie über eine Finanztransaktionssteuer.

Dafür muss Aufklärungsarbeit geleistet und politischer Druck entwickelt werden, insbesondere im Bundestagswahlkampf und bei den anschließenden Koalitionsverhandlungen. Materialien und Aktionsmöglichkeiten dazu bietet das Bündnis „Reichtum umverteilen - ein gerechtes Land für alle!“, an dem ver.di beteiligt ist: www.reichtum-umverteilen.de.

Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Ressort 1, Frank Bsirske
Bereich Wirtschaftspolitik: Dr. Dierk Hirschel, Ralf Krämer, Dr. Patrick Schreiner, Anita Weber, Joshua Seger
Kontakt: wirtschaftspolitik@verdi.de

Juli 2017